



Mit der „Roadmap 2050“ hat die EU-Kommission ein Planungsdokument für den „Übergang zu einer wettbewerbsfähigen, CO₂-armen Wirtschaft“ veröffentlicht. Doch stellt sich angesichts der tatsächlichen Entwicklungen die Frage: Bleibt der energiepolitische Kurswechsel eine Fata Morgana, stets in weiter Ferne vom Hier und Jetzt?

VON CHRISTOPH STREISSLER*

Nichts Neues unter der Sonne



ZUSAMMENFASSUNG:

Die EU-Kommission legt unermüdlich energiepolitische Planungsdokumente vor, doch von einem frischen Wind ist in der Energiepolitik nichts zu spüren. Der Ausbau der fossilen Energieträger schreitet voran, und eine Selbstbeschränkung aller Staaten zur Reduktion der Treibhausgase ist aussichtslos. Statt auf Verzicht zu setzen, gilt es in die Entwicklung von Technologien zu investieren.

*Dr. Christoph Streissler ist Chemiker und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr in der AK Wien.

Diese Einführung in den thematischen Schwerpunkt des vorliegenden Heftes soll einen Überblick über die energiepolitischen Herausforderungen geben, mit denen politische Entscheidungsträger aktuell konfrontiert sind. Vor diese Aufgabe gestellt, ist der erste Reflex des Autors zurückzublicken und zu versuchen, einen historischen Vergleich anzustellen: Was waren die Herausforderungen vor zehn, vor zwanzig Jahren? Was hat sich gegenüber damals geändert? Welche Probleme, welche Lösungsansätze waren damals noch unbekannt, von denen heute gesprochen wird? Doch die Hoffnung, auf diese Weise ein lebhaftes Bild der Entwicklung zeichnen zu können, wird enttäuscht: Es gibt nichts Neues zu berichten. Der Energiebericht der Bundesregierung aus dem Jahr 1993 oder das Toronto-Technologie-Programm, der Vorläufer der Klimastrategie aus 1998, nennen die Herausforderungen im Klima- und Energiebereich auf fast die selbe Weise wie beispielsweise die so genannte Energiestrategie, die vom Wirtschafts- und vom Landwirtschaftsminister vor etwa einem Jahr präsentiert wurde. Ein beeindruckendes Dokument ist der Nationale Umweltplan, an dessen Erarbeitung 1992 begonnen wurde. Aus ihm spricht eine tatsächliche Aufbruchstimmung, die zu jener Zeit geherrscht hat. 1992 war das Jahr der UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung, die

auch als „Erdgipfel“ bekannt wurde, das Jahr, in dem die Klimarahmenkonvention abgeschlossen wurde, jedenfalls ein Jahr der hoch fliegenden Erwartungen. Ebenfalls 1992 brachte der grüne Abgeordnete Anschöber im Nationalrat einen Antrag ein, der das Verbot von Atomstromimporten zum Ziel hatte. Der Antrag fand damals keine Mehrheit.

ENERGIE - NEU BEWERTET

Selbstverständlich hat es seit jener Zeit Entwicklungen gegeben, die die Randbedingungen der Energiepolitik verändert haben. Der EG-Beitritt Österreichs und die Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes haben zu einer Auflösung des thermo-hydraulischen Verbunds geführt, der zuvor die österreichische Stromerzeugung geprägt hatte. Die Energieversorger mussten sich nach dem gescheiterten Versuch, in Hainburg ein Donaukraftwerk zu bauen, auch daran gewöhnen, dass Bürgerinitiativen und Naturschutzorganisationen erfolgreich die Mitsprache bei Kraftwerksprojekten einforderten. Doch auch die Organisationsform der Energieversorger veränderte sich: internationale Übernahmen, teilweise oder gänzliche Privatisierung sowie die Aufgliederung in Teilunternehmen („Unbundling“).

Wenn es also eine wesentliche Veränderung in den letzten zwanzig Jahren gibt, so ist es eine Änderung in der Werthalt-

weiter auf Seite 16 →



Steht die EU-Kommission auf der Leitung? Energiepolitischen Planungen folgt oft nichts Neues in der Realität.

ROADMAP 2050 DER EU-KOMMISSION RESSOURCENSCHONENDES EUROPA

Am 8. März 2011 hat die EU-Kommission im Rahmen der Leitinitiative „Ressourcenschonendes Europa“ ihre Mitteilung „Übergang zu einer wettbewerbsfähigen, CO₂-armen Wirtschaft“ veröffentlicht. Sie enthält folgende Kernaussagen: Die EU wird es mit den derzeitigen Maßnahmen schaffen, den Ausstoß an Treibhausgasen bis 2020 gegenüber 1990 um 20 Prozent zu verringern. Dabei wird aber nur die Hälfte des 20-Prozent-Ziels bei der Steigerung der Energieeffizienz erreicht. Würde dieses in vollem Umfang erreicht, so würde laut EU-Kommission der Ausstoß an Treibhausgasen sogar um 25 Prozent sinken. Angesichts des Widerstands mancher Mitgliedstaaten gegen ambitioniertere Ziele stellt die Kommission aber klar, dass dies nicht als Vorschlag verstanden werden dürfe, die Treibhausgase stärker als um die paktierten 20 Prozent zu reduzieren. Weiters legt die Roadmap Ergebnisse von Szenario-Rechnungen für EU-weite, sektorale Emissionssenkungen für 2030 und 2050 vor (jeweils gegenüber 1990).

Dabei wurde – unter verschiedenen Annahmen für das Bevölkerungswachstum, für das Bruttoinlandsprodukt (BIP), für technologische Entwicklungen etc. – ein jeweils kostenoptimaler Pfad für die Emissionsentwicklung bestimmt. Die gesamten Emissionen sinken demgemäß bis 2030 um 40 bis 44 Prozent, bis 2050 sogar um 79 bis 82 Prozent. Die Stromerzeugung erfolgt nach diesen Szenarien 2050 praktisch CO₂-frei, während bei Verkehr und Landwirtschaft bis dahin die geringsten Emissionseinsparungen prognostiziert werden. Zum Vergleich: Die Kommission geht davon aus, dass bei Fortführung der derzeitigen Politiken und Maßnahmen die Emissionen im Jahr 2050 um 40 Prozent niedriger als heute liegen. Für die einzelnen Sektoren werden dann die wesentlichen Randbedingungen diskutiert, die Voraussetzung für eine Reduktion im angegebenen Umfang sind. Im Stromsektor wird implizit die weitere Rolle der Kernenergienutzung als CO₂-arme Energiequelle erwähnt, weiters die Notwendigkeit des Ausbaus von Netzen. Ein hoher und langfristig absehbarer CO₂-

Preis im Emissionshandel wird als weitere Voraussetzung genannt. Im Industriesektor sind die Reduktionen ohne Einsatz von CCS (Carbon Capture and Storage) nicht erreichbar.

Eine gesamtwirtschaftliche Betrachtung zeigt, dass ein zusätzliches Investitionsvolumen von jährlich 270 Milliarden Euro ab 2020 oder 1,5 Prozent des BIP der EU erforderlich ist, zusätzlich zu den derzeitigen Gesamtinvestitionen, die 2009 bei 19 Prozent des BIP gelegen sind (Rückkehr zum Investitionsniveau vor der Wirtschaftskrise). Weiters werden die Außenhandels- und Beschäftigungseffekte sowie andere positive Umweltschutzwirkungen benannt.





→ tung: Energieversorgung ist nicht mehr eine öffentliche Dienstleistung, sondern erfolgt immer mehr nach den Regeln des Marktes. Energie hat ihren Status als Element der Grundversorgung verloren und ist zu einer Marktware wie jede andere geworden. Im Fachjargon: Energie ist kommodifiziert worden. Ihren Ausgang nahm diese Entwicklung in Großbritannien, wo unter Thatcher die gesamte öffentliche Energieversorgung privatisiert wurde. Es war die ewig gleiche Melodie, mit der diese Veränderung begleitet wurde: das Lob des Wettbewerbs und der Kräfte des Marktes, die angeblich durch Effizienzsteigerungen zur Verbilligung von Energie für die Endverbraucher führen sollten. Auch wenn empirische Nachweise dafür fehlen, verfängt das Argument weiterhin und ebnet EU-weit den Weg für die fortschreitende Privatisierung der Gewinne. Abgesehen von der Liberalisierung der Energiemärkte: Was hat sich sonst an Randbedingungen geändert? Fast zwanzig Jahre nach dem Beschluss der Klimarahmenkonvention muss es doch Auswirkungen einer ambitionierten Politik zur Reduktion der Treibhausgasemissionen geben? Zumindest versuchen die Energieversorger doch, ihre Tätigkeit in einem grünen Licht zu malen.

IMMER WENIGER AKW ...

Dieses Bild täuscht. Bei den Kraftwerken, die zur Zeit in Europa (EU-15) tatsächlich in Bau sind, entfallen von der installierten Leistung 53,6 Prozent auf Gaskraftwerke

(GuD-Kraftwerke), weitere 26,9 Prozent auf Kohlekraftwerke und 5,5 Prozent auf Atomkraftwerke. Die erneuerbaren Energien haben nur einen Anteil von 9,6 Prozent (Quelle: PSIRU 2010).

Lange Zeit hatten die Nuklearindustrie und die Staaten mit strategischen Interessen an der Nuklearindustrie – allen voran Frankreich, das über die EDF mittlerweile auch die britischen AKW besitzt – die Klimapolitik als willkommene Begründung für eine Renaissance der nuklearen Erzeugung unterstützt. Für diese Strategie stellt die Katastrophe von Fukushima einen gewissen Rückschlag dar, da der öffentliche Rückhalt für die nukleare Option in den nächsten Jahren wohl gering sein dürfte.

Ein kürzlich erschienener Bericht (Schneider et al.: World Nuclear Industry Status Report 2010–2011) sollte anlässlich des 25. Jahrestages des Unfalls von Tschernobyl eine kritische Einschätzung der Nuklearindustrie geben. Mit dem Unfall von Fukushima gewann das Dokument traurige Aktualität. Eine der Kernaussagen des Berichts ist, dass weltweit bis 2015 alle drei Monate ein neues AKW in Betrieb gehen müsste, danach alle 19 Tage, wenn die derzeitige Erzeugungskapazität aufrecht erhalten werden soll. Dieses Szenario ist nach Fukushima wohl unrealistisch – die nukleare Erzeugung wird also sinken, und zwar umso schneller, je früher die Atomkraftwerke abgeschaltet werden, wie es nun in Deutschland geschieht.

Es scheint also, dass zumindest in der mittleren Zukunft – in den nächsten Jahrzehnten – das Energiesystem weiterhin auf dem Fundament der fossilen Energieträger ruhen wird. Das bedeutet aber, dass das Ziel, die weltweite Klima-Erwärmung auf zwei Grad zu beschränken, eine Illusion bleibt.

ÖSTERREICH ERREICHT EU-ZIELWERTE NUR SCHWER

Da in Österreich Nuklearenergie keine Option ist und CCS (Carbon Capture and Storage) nur ein geringes Potenzial hat, ist die Erreichung der Zielwerte der EU-Roadmap 2050 in Österreich sehr schwierig und nur mit noch weitreichenderen Technologieumstellungen möglich. Dies erfordert höhere Steigerungen der Investitionen als die in der Roadmap angegebenen 1,5 Prozent des BIP.

... UND IMMER MEHR EMISSIONEN

Die Zeichen mehren sich dafür, dass auch bei der kommenden Klimakonferenz in Durban, ebenso wie zuvor in Kopenhagen und in Cancun, kein Nachfolge-Abkommen für das Kyoto-Protokoll zustande kommen wird, das die Treibhausgas-Emissionen der Industriestaaten ab 2013 beschränkt und die fortgeschrittenen Entwicklungsländer – wie China, Indien und Brasilien – zu vergleichbaren Verpflichtungen hinführt. Vielleicht muss zur Kenntnis genommen werden, dass ein wirksamer Verzicht zugunsten zukünftiger Generationen nur in den Sonntagsreden, nicht aber im politischen Alltag vorkommt.

Der Grund dafür ist nicht einmal so sehr der Zynismus von Politikern. Vielmehr ist es die Mischung aus Rationalität und Eigennutz, den zwei Triebfedern des homo oeconomicus und des Kapitalismus, die bei der Nutzung von gemeinschaftlichem Eigentum zur Übernutzung führen, wenn keine Kontrollinstanz wirksam eingreift. Der Ökonom Garrett Hardin hat diese Situation in einem einflussreichen Artikel mit dem Titel „The Tragedy of the Commons“ (Die Tragik der Allmende) schon 1968 geschildert. Das Problem beim Klimaschutz ist die Schwierigkeit, eine effektive Kontrollinstanz einzusetzen: sie müsste nicht nur weltweit wirken, sondern auch die Interessen zukünftiger Generationen vertreten. Dies ist mangels Verhandlungsmacht unmöglich. Wenn diese Skepsis gegenüber der Möglichkeit einer wirksamen Vereinbarung



WAS DIE MENSCHEN INTERESSIERT, IST JA NICHT DIE MENGE AN VERBRAUCHTER ENERGIE SELBST, SONDERN DER NUTZEN.

Konsumerhebung

Die Daten zur jüngsten Konsumerhebung der Statistik Austria finden sich unter: www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/verbrauchsausgaben/konsumerhebung_2009_2010/index.html

PSIRU

Das Forschungsinstitut PSIRU (Public Services International Research Unit, www.psiu.org) widmet sich der kritischen Aufarbeitung der Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen.

EU-Roadmap 2050

Die Mitteilung „Ressourcenschonendes Europa – eine Leitinitiative innerhalb der Strategie Europa 2020“ ist abrufbar unter: www.ec.europa.eu/resource-efficient-europe/pdf/resource_efficient_europe_de.pdf

HINTERGRUND

ENERGIEARMUT

Die kürzlich von der Statistik Austria veröffentlichten Daten der Konsumerhebung 2009/2010 zeigen den besonderen Charakter von Energie. Sie gehört zu den Gütern, für die ärmere Menschen einen bedeutend größeren Anteil ihrer Mittel aufwenden als reiche. In Zahlen: Während jemand, der zum reichsten Viertel der Bevölkerung gehört, nur 3,3 Prozent seines Geldes für Energie ausgibt, muss jemand, der zum ärmsten Viertel der Bevölkerung zählt, 8,3 Prozent der Ausgaben für Energie aufwenden. Ähnlich ist es bei Nahrungsmitteln, einem anderen Grundbedürfnis. Umgekehrt bei der Anschaffung eines Autos: das ärmste Viertel der Bevölkerung wendet dafür 0,9 Prozent der Ausgaben auf, während das reichste Viertel dafür fast neun Prozent ihres Geldes verwendet. Dieses Steigen der prozentuellen Ausgaben mit steigendem verfügbarem Einkommen ist ein Charakteristikum von Luxusgütern.



Wer zum ärmsten Viertel der Bevölkerung gehört, gibt 8,3 Prozent, also jeden zwölften Euro für Energie aus. Das ist nach den Kosten fürs Wohnen (29,0 Prozent) und denen für Nahrungsmittel (18,4 Prozent) die größte Ausgabenkategorie. Angesichts dieses Befundes ist es bedenklich, wenn die Liberalisierung und Privatisierung der Energieversorger zu steigenden Preisen führt.



” AUCH IN DEN NÄCHSTEN JAHRZEHNEN WIRD DAS ENERGIESYSTEM AUF DEM FUNDAMENT DER FOSSILEN ENERGIETRÄGER RUHEN.

zum Verzicht auf die Nutzung fossiler Energieträger sich als berechtigt herausstellen sollte, wo liegt dann Hoffnung? Wer möglichst sicher sein will, dass auch die eigenen Kinder und Enkel sich in einer Welt des stattfindenden Klimawandels behaupten können, sorgt dafür, dass sie möglichst reich sind. Denn Reiche sind von den Folgen des Klimawandels nachweislich weniger betroffen als Arme.

Wer solidarischer denkt, wer die Gesellschaft im Blick hat, wendet sich Strategien zu, die die steigende Nachfrage nach fossilen Energieträgern dadurch verringern, dass diese einfach uninteressant werden. Was die Menschen interessiert, ist ja nicht die Menge an verbrauchter Energie selbst, sondern der Nutzen, der mittels Energieträgern zur Verfügung gestellt wird: der ausreichend helle Arbeitsplatz, das behagliche Zimmer, der verlässliche Transport von A nach B. Der Schlüssel dafür ist die Entwicklung von Technologien, die

helfen, den gleichen Nutzen mit einem geringeren Einsatz von Energieträgern bereitzustellen, also Energieeffizienz-Technologien, und die Entwicklung von Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen.

Doch diese Technologieentwicklung erfordert einen hohen finanziellen Aufwand, bis sie Früchte trägt. Stefan Schleicher, Ökonom am österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitut, warnt in seiner Beurteilung der diesbezüglichen Pläne der EU-Kommission, dass diese die erforderlichen Investitionen bei weitem unterschätze.

Doch in diesen Investitionen liegt auch die Chance: Statt Verzicht zu predigen, schafft eine Politik der öffentlichen Dotierung von Forschung und Entwicklung zum Umbau des Wirtschafts- und Energiesystems Arbeitsplätze und generiert ein Umfeld der Bildung und des Wissens. Wenn als Folge dieser Politik die Treibhausemissionen verringert werden – umso besser. □

Nuklearindustrie

Der „World Nuclear Industry Status Report 2010–2011“ von Mycle Schneider, Antony Froggatt und Steve Thomas findet sich unter: www.worldwatch.org/system/files/WorldNuclearIndustryStatusReport2011_%20FINAL.pdf

Klimarahmenkonvention

Die 17. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention wird vom 28. November bis 9. Dezember 2011 in Durban in Südafrika tagen; die Hoffnungen auf einen Nachfolgevertrag für das Kyotoprotokoll sind gering.